

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0056/2014/IV**

Datum:  
02.04.2014

Federführung:  
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

**Wegfall von Anwohnerparkplätzen aufgrund der  
Außenbewirtschaftung durch die Gaststätte „Pilgrim“**

## Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 16. April 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Neuenheim	08.04.2014	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Bezirksbeirat Neuenheim nimmt Kenntnis von der Erwägungen zur Bewilligung einer Außenbewirtschaftung auf den Anwohnerparkplätzen vor der Gaststätte „Pilgrim“, Uferstraße 4, 69120 Heidelberg*

## Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 08.04.2014

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 08.04.2014

### 2 Wegfall von Anwohnerparkplätzen aufgrund der Außenbewirtschaftung durch die Gaststätte „Pilgrim“

Informationsvorlage 0056/2014/IV

Bürgermeister Erichson, Herr Kuch, stellvertretender Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, und Herr Köster, Leiter des Bürgeramtes, stehen für Fragen zur Verfügung.

Die Bezirksbeiräte kritisieren das Vorgehen der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit. Der Bezirksbeirat sei in die Entscheidung über den Wegfall von Anwohnerparkplätzen nicht einbezogen worden.

Mehrere Mitglieder des Bezirksbeirates berichten, die Angestellten der Gaststätte seien unfreundlich und manchmal sogar aggressiv. Außerdem würde sich die Außenbewirtschaftung immer weiter ausdehnen, sodass manchmal bis zu sechs Parkplätze nicht benutzt werden könnten.

Bezüglich der unerlaubten Ausdehnung sagt Herr Köster zu, die Situation verstärkt durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) überprüfen zu lassen.

Aufgrund der Aussagen der Mitglieder des Bezirksbeirates macht Bürgermeister Erichson folgenden Vorschlag zur **weiteren Vorgehensweise**:

Den Besitzern der Gaststätte werde mitgeteilt, dass es viele Beschwerden (zum Beispiel aufgrund des Verhaltens der Angestellten und der unerlaubten Ausdehnung) gebe. Daher werde man die Situation für ein Jahr beobachten und die Genehmigung der Außenbewirtschaftung nicht automatisch für das Jahr 2015 verlängern. Sollte sich die Außenbewirtschaftung bewähren, könnte nächstes Jahr endgültig darüber entschieden werden.

Die Bezirksbeiräte sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Danach nehmen die Bezirksbeiräte die Informationsvorlage ohne weiteren Aussprachebedarf zur Kenntnis.

**gezeichnet**

Hans Joachim Schmidt  
Vorsitzender

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## **Begründung:**

Ende 2012 wurde für das damals im Umbau zu einer Gaststätte befindliche Objekt Uferstraße 4 beim Bürgeramt angefragt, ob auf den vier vor der Gaststätte liegenden Anwohnerparkplätzen ab der Saison 2013 eine Außenbewirtschaftung durchgeführt werden kann. Nach der in solchen Fällen üblichen Einholung der Stellungnahmen der Fachämter (Baurecht, Verkehrsrecht) gab es nur insoweit Bedenken, als der Wegfall der Parkplätze die diesbezügliche Nachfrage im Stadtteil weiter verknüpft.

Da es sich bei den dortigen Anwohnerparkplätzen um öffentliche Verkehrsfläche handelt, ist für den Betrieb einer Außenbewirtschaftung eine Sondernutzungserlaubnis nach dem Straßengesetz notwendig. Das Bürgeramt hat entsprechend seines gesetzlichen Auftrags, bei der Erteilung der Erlaubnis die straßenrechtliche Ausgleichs- und Verteilfunktion der Sondernutzungserlaubnis umzusetzen, die Anfrage dahingehend überprüft, ob der Wegfall der Parkplätze und damit die entsprechende Einschränkung des Gemeingebrauchs zugunsten des Interesses des Antragstellers möglich ist. Hierbei war einerseits zu bedenken, dass mit einer Außenbewirtschaftung eine deutliche Aufwertung des Bereichs stattfindet und während der Betriebszeiten der Außenbewirtschaftung auch eine gewisse soziale Kontrolle des direkten Umfelds gegeben ist, und andererseits, dass es immer wieder freie Kapazitäten im nahegelegenen Parkhaus Brückenkopfstraße gibt, so dass ein gewisser Ausgleich für die wegfallenden Parkplätze grundsätzlich hierüber möglich ist. Außerdem werden über die Wintermonate nur zehn anstatt der in den Sommermonaten genutzten 51 m<sup>2</sup> genutzt, so dass die Einschränkung für das Anwohnerparken in diesem Zeitraum entsprechend geringer ist. Nach Abwägung dieser Belange wurde dem Antrag entsprochen und die Erlaubnis ab August 2013 erteilt.

Seit der Inbetriebnahme der Außenbewirtschaftung gab es bisher keine Beschwerde aus der Bürgerschaft wegen der weggefallenen Parkplätze. Lediglich kurz vor der Erlaubniserteilung hatte sich ein nach eigener Aussage betroffener Bürger gegen den Wegfall von Parkplätzen ausgesprochen.

Sondernutzungserlaubnisse zur Außenbewirtschaftung werden grundsätzlich nur widerruflich erteilt und daneben jeweils auf eine Saison befristet. Falls sich, wie hier, keine neuen oder zusätzlichen verkehrlichen Belange ergeben, die eine weitere Sondernutzung ausschließen, verlängert sich die Erlaubnis jeweils um ein Jahr, so dass aktuell die Erlaubnis für die dortige Außenbewirtschaftung bis zum 31.12.2014 gilt. Eine Ablehnung der Verlängerung beziehungsweise ein Versagen der Erteilung einer Folgeerlaubnis wäre ohne Vorliegen dieser geänderten Belange ebenso rechtswidrig wie ein Widerruf der Erlaubnis, weil alle bisher bekannten verkehrlichen Aspekte schon bei Erlaubniserteilung berücksichtigt worden sind. Sollten sich jedoch zukünftig neue Belange ergeben, die die dortige Einschränkung des Gemeingebrauchs nicht mehr rechtfertigen, könnte die Außenbewirtschaftungserlaubnis beendet beziehungsweise widerrufen werden.

gezeichnet

Wolfgang Erichson